



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

2. Juli 2009

**Rede von Joachim Poß, MdB
in der aktuellen Stunde des
Bundestages am 2. 7. 2009**

Es gilt das
gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

als Bundeskanzlerin hat Frau Merkel im Bundeskabinett vor wenigen Tagen einen Haushaltsentwurf und eine Finanzplanung beschließen lassen, die bis 2013 eine Neuverschuldung des Bundes von rd. 300 Mrd. Euro vorsieht. Wer diese hohe Verschuldung wieder abbauen will, kann nicht die Steuern senken wollen. Aber Frau Merkel hat als Parteichefin der CDU am letzten Sonntag trotzdem ein Wahlprogramm beschließen lassen, dass kräftige Steuersenkungen verspricht. Unseriöser und verantwortungsloser kann Politik wohl kaum noch auftreten! Wer behauptet er könne beides gleichzeitig erreichen – also Abbau der Neuverschuldung und Steuersenkung, – nimmt weder sich selbst, noch die Bürgerinnen und Bürger ernst, denen ein solches Wahlprogramm angeboten wird. So etwas kannten wir bisher nur von der Spaß-Partei FDP, bei der gesellschaftspolitische Verantwortungslosigkeit ja seit langem ein zentraler Programmpunkt ist. Nun sehen sich CDU und CSU offenbar gezwungen, hier in einen Wettlauf eintreten.

Aber, meine Damen und Herren, gesellschaftspolitische Verantwortungslosigkeit kann doch wohl nicht die Antwort auf die schwerste wirtschaftliche Krise in der Geschichte der Bundesrepublik sein! Das haben die Bürgerinnen und Bürger nicht verdient – und dagegen werden wir Sozialdemokraten uns mit aller Kraft wehren.

Offenkundig verabschiedet sich die Union mit ihren Steuersenkungsversprechen von der Politik, mit der die Große Koalition in den letzten Wochen und Monaten der Krise entschlossen und wirksam entgegengesteuert hat. Wer angesichts der genannten Haushaltsdefizite Steuersenkungen verspricht, der kann und will künftig nicht mehr soviel zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland tun, wie wir das in den letzten Monaten: immer auf Druck und Vorschlag der SPD – in dieser Koalition getan haben.

Nur wenige Wochen, nachdem wir hier im Deutschen Bundestag nach jahrelangen Vorarbeiten in der Föderalismuskommission eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert haben, fallen CDU/CSU – von der FDP gar nicht zu reden – wieder in genau das Verhaltensmuster zurück, das in den letzten 40 Jahren ständig zum Anstieg der Staatsverschuldung geführt hat.

Anstatt nach einer Rezession erst einmal die im nachfolgenden Aufschwung anfallenden Steuermehreinnahmen zum Ausgleich der unvermeidlichen Defizite zu verwenden, werden noch während der Krise diese zukünftigen Mehreinnahmen wieder verteilt – und der Staat bleibt dann auf den Schulden sitzen.

Meine Damen und Herren,

es war die jetzige Koalition, die dieses Verhaltensmuster im Aufschwung der Jahre 2005 bis 2008 erstmals erfolgreich durchbrochen hat: In allen Aufschwungjahren wurden erhebliche Steuermehreinnahmen tatsächlich realisiert und die Neuverschuldung ebenso wie das strukturelle Defizit weit zurückgefahren. Die Wahlversprechen von CDU/CSU zeigen, dass eine Rückkehr zu dieser Politik wirksamer Haushaltskonsolidierung nur mit der SPD möglich ist.

Meine Damen und Herren,

nun ist es ja durchaus so, dass der Widerspruch zwischen den krisenbedingt erneut hohen Defiziten in den öffentlichen Haushalten und den gleichzeitigen Steuersenkungsversprechen selbst den Programmstrategen von CDU und CSU aufgefallen ist. Deshalb wird von der Union ein Argument nachgeschoben, das da lautet: Wir brauchen die Steuersenkungen, damit der Aufschwung schneller und stärker wird und wir so besser aus der Krise kommen.

Und – das Argument hört sich ja auch ganz nett an. Aber, meine Damen und Herren, solche wachstumsstärkenden Steuersenkungen für die Jahre 2010 und folgende hat die jetzige Koalition doch längst beschlossen! Sehen wir uns doch mal die jüngste Steuerschätzung an:

Mindereinnahmen allein durch Steuerrechtsänderungen seit Herbst letzten Jahres:
Für 2010 – 28,4 Mrd.; Mindereinnahmen durch Steuerrechtsänderungen für 2011:
30,6 Mrd. Euro

Ich stelle fest: Was an konjunkturstützenden Steuerentlastungen für die kommenden Jahre auch nur irgendwie haushaltspolitisch vertretbar ist, das haben wir in den letzten Wochen und Monaten bereits hier in diesem Haus beschlossen!

Vor nicht einmal 14 Tagen das Bürgerentlastungsgesetz/Krankenversicherung mit dauerhaften Steuersenkungen für die Bürgerinnen und Bürger in Höhe von fast 10 Mrd. € und befristeten Steuersenkungen für die Unternehmen zur Überwindung der Krise im Umfang von weiteren 3 Mrd. Euro jährlich! Zu Jahresbeginn haben wir im Konjunkturpaket II Steuererleichterungen im Umfang von rd. 6 Mrd. Euro jährlich beschlossen. Im letzten Herbst das Familienleistungsgesetz mit höheren Kinderfreibeträgen und stärkerer Förderungen für haushaltsnahe Dienstleistungen. Das alles und noch einiges mehr haben wir doch schon gemacht. Da braucht es keine unseriösen und unfinanzierbaren Versprechen!

Mein Fazit:

Wer für die kommende Legislatur zusätzliche umfangreiche Steuersenkungen verspricht, der täuscht die Wählerinnen und Wähler. Denn entweder bleiben die versprochenen Steuersenkungen dann nach der Wahl einfach wieder aus. Oder die neue Schuldenregel kann nicht eingehalten werden. Oder es müssen massiv Sozialleistungen gekürzt werden, ausgerechnet in einer Situation, wo alle Experten einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen für unvermeidlich halten.

Und wer solche unseriösen Versprechen mit dem Argument der Wachstumsunterstützung begründet, der täuscht die Wählerinnen und Wähler gleich noch einmal – in dem er nämlich bewusst unterschlägt, dass die jetzige Koalition hierzu bereits alles Erforderliche auf den Weg und ins Gesetzblatt gebracht hat.

Vielen Dank!